

Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Reißbeck, am Dienstag, den 29. Oktober 2013, mit Beginn um 19.00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Reißbeck.

Anwesend: Bürgermeister Kurt Felicetti als Vorsitzender

Mitglieder des Gemeinderates:

Hr. Hans Werner Rindler

Fr. Elisabeth Mörtl

Hr. Ing. Johann Paul Unterweger

Hr. Ing. Stefan Schupfer

Hr. Herbert Peitler

Hr. Rupert Viehhauser

Fr. Elke Steinwender

Hr. Stefan Burger

Hr. Ing. Michael Gradnitzer

Hr. Ulf Berger

Hr. Werner Maier

Hr. Ing. Ronald Meixner

Hr. Thomas Stefan

Hr. Christian Bugelnig

Anwesendes Ersatzmitglied:

Hr. Norbert Sattlegger

Hr. Johann Kerschbaumer

Hr. Johann Huber

Entschuldigt abwesend:

Hr. Christophorus Angermann

Fr. Melanie Rindler

Hr. Manfred Aichholzer

Hr. Stefan Gradnitzer

Weiters anwesend: Fr. Sigrid Aichholzer, Finanzverwalterin

Schriftführer: Herwig Fercher

Die Zustellnachweise für die heutige Sitzung liegen vor. Der Gemeinderat ist vollständig und beschlussfähig. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung vom Bürgermeister auf den heutigen Tag mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Fragestunde
2. Bestellung der Protokollunterfertiger
3. Ortsdurchfahrt Kolbnitz B 106; Übernahme von Flächen in das öffentliche Gut - Abschluss einer Vereinbarung mit der Landesstraßenverwaltung (Durchführung der Vermessungsurkunden GZ 4264/12K und GZ 4264/12Z des DI Georg Worsche)
4. Nominierung von Bürgermeister Kurt Felicetti als Vertreter der Gemeinde Reißbeck in die Mitgliederversammlung des Wasserverbandes Lurnfeld-Reißbeck
5. Angebot der SG-Reißbeck; Übergabe des Vereinsgebäudes an die Gemeinde
6. *familienfreundliche Gemeinde*; Genehmigung des Maßnahmenplanes und Umsetzung des Pilotprojektes „UNICEF-Zusatzzertifikat *Kinderfreundliche Gemeinde-FKG*“
7. Schilift Raunigwiese: Entscheidung über den Liftbetrieb Saison 2013/14 und notwendige Investitionen
8. Instandhaltung von Gemeindestraßen; Sanierung von Fahrbahnrisen
9. Berichterstattung über die notwendige Sanierung des Feuchtigkeitseintritts beim Kindergarten
10. Bericht des Bürgermeisters; Erhalt der Reißbeckbahn als einmalige Aufstiegshilfe und Impulsgeber für die gesamte Region
11. Erhöhung der Hundeabgabe
12. Genehmigung des 2. Nachtragsvoranschlags 2013

13. Kenntnisnahme des letzten Kontrollausschussberichts
(Erweiterung gem. § 35 Abs. 5 K-AGO)

Verlauf der Sitzung

Bürgermeister Kurt Felicetti zeigt sich erfreut darüber, dass der Zuhörerraum derart gut besetzt ist. Dies sei – so sagt er – in rund 20 Jahren seiner Tätigkeit im Gemeinderat noch nie der Fall gewesen. Er begrüßt das Publikum, das Kollegium des Gemeinderates sowie die Finanzverwalterin und den Schriftführer. Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist, nennt die anwesenden Ersatzmitglieder namentlich (Stefan Gradnitzer infolge kurzfristiger Verhinderung ohne Vertretung) und eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

Vor dem Eingehen in die Tagesordnung stellt der Bürgermeister den Antrag gem. § 35 (5) K-AGO, die Tagesordnung um folgenden Punkt zu erweitern: „Kenntnisnahme des letzten Kontrollausschussberichts“. Die Aufnahme des Punktes (Kontrollausschusssitzung vom 29. Mai 2013) war vergessen worden und es würde den Bestimmungen der K-AGO entsprechen, die Behandlung heute vorzunehmen.

Der Antrag des Vorsitzenden erhält die ungeteilte Zustimmung des Gemeinderates. Die Behandlung des Punktes erfolgt im Anschluss an die Erledigung der Tagesordnung.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Die heutige Fragestunde entfällt, nachdem keine schriftlichen Anfragen eingelangt sind.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Zur Unterfertigung des Sitzungsprotokolls werden Gemeinderat Werner Maier sowie das Ersatzmitglied Norbert Sattlegger bestimmt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister setzt den Gemeinderat davon in Kenntnis, dass die Ortsdurchfahrt Kolbnitz jetzt abgeschlossen ist und als letzter Schritt die Übernahme von Teilflächen, welche in den Vermessungsurkunden GZ 4264/12K und GZ 4264/12Z des DI Georg Worsche dargestellt sind, zu vollziehen ist.

Kurz geht er auf die anteiligen Kosten für die erforderlichen Grundablösen für den parallel errichteten Geh- und Radweg ein. Insgesamt hatte die Gemeinde dafür € 5.617,02 aufzuwenden. Während der Drittelanteil beim Radweg lediglich € 156,42 beträgt, schlägt sich der 50%ige Anteil beim Gehweg mit € 5.460,60 zu Buche.

Die Vereinbarung (Zahl: 09-B-106019/-/2013) zur kostenlosen Übernahme von Straßenflächen in das öffentliche Gut der Gemeinde Reißbeck liegt dem Gemeinderat vor. Betroffen sind davon folgende Flächen in der KG Zandlach:

52 m² aus Grundstück 1934 gehen zum Grundstück 1841/1
9 m² aus Grundstück 1458 gehen zum Grundstück 1841/1
45 m² aus Grundstück 1457 gehen zum Grundstück 1841/3
3 m² aus Grundstück 1462/22 gehen zum Grundstück 1841/3

In der KG Kolbnitz geht außerdem 1 m² aus dem Grundstück 171/5 zum Grundstück 175/15.

Die Zuschreibung der Flächen zum öffentlichen Gut Gemeinde Reißbeck ist mittels Verordnung festzulegen. Der Entwurf dieser Verordnung, Zl.: 661-OD-B106/13 liegt dem Gemeinderat ebenfalls vor.

Nachdem der Sachverhalt klar ist und eine Empfehlung des Gemeindevorstandes vorliegt, stellt der Vorsitzende selbst den Antrag, der Gemeinderat möge der Vereinbarung mit der Landesstraßenverwaltung, Zahl: 09-B-106019/-/2013) zustimmen und damit der kostenlosen Übernahme von Flächen in das öffentliche Gut der Gemeinde Reißbeck, wie sie in den Vermessungsurkunden GZ 4264/12K und GZ 4264/12Z des DI Georg Worsche dargestellt sind, die Genehmigung erteilen.

Der Gemeinderat nimmt diesen Antrag einstimmig an.

Punkt 4 der Tagesordnung

Der Bürgermeister erklärt, dass nach dem Ausscheiden seines Vorgängers Gerd Pichler die Einladungen für die Mitgliederversammlung des Wasserverbandes Lurnfeld-Reißbeck automatisch an ihn zugestellt wurden. Er hat daher auch an den Sitzungen teilgenommen. Im Zuge des Bürgermeisterwechsels in Lurnfeld wurde nun vom Geschäftsführer des Verbandes, Ing. Pirkebner, auf die Notwendigkeit einer Nachnominierung durch die Gemeinde aufmerksam gemacht. Die Gemeinde könnte an Stelle des Bürgermeisters etwa auch den Referenten für die Mitgliederversammlung nominieren.

Der Gemeinderat folgt in diesem Punkt der vorliegenden Empfehlung des Gemeindevorstandes und fasst auf Antrag des Vorsitzenden den einstimmigen Beschluss, Bürgermeister Kurt Felicetti als Vertreter der Gemeinde in die Mitgliederversammlung des Wasserverbandes Lurnfeld-Reißbeck zu entsenden.

Die Gemeinde ist damit in der Mitgliederversammlung durch folgende Mandatäre vertreten: Bürgermeister Kurt Felicetti, GR Ing. Stefan Schupfer, GR Ing. Ronald Meixner und GR Christophorus Angermann.

Punkt 5 der Tagesordnung

Der Vorsitzende ruft in Erinnerung, dass die SG-Reißbeck in der Ära Winkler Willibald auf dem Sportplatz in Kolbnitz (damals noch nicht im Gemeindebesitz) ein Vereinsgebäude errichtet hat. Das Objekt ist also als Superädifikat (Luftkeusche) zu werten. Es wurde nach der Einstellung des Spielbetriebes der SG-Reißbeck zeitweilig durch den SV Penk verwendet, der ja das Spielfeld für Trainingszwecke nutzt sowie dauerhaft durch den Kanuclub Glanegg benutzt. Die SG-Reißbeck hat sich sogar als Sektion beim Kanuclub Glanegg „angehängt“. Dadurch, dass der Kanuclub jetzt aber eigene Sanitärräume geschaffen hat, ist der Nutzungsvertrag ausgelaufen.

Das Gebäude stellt für die SG-Reißbeck, die keinen Spielbetrieb mehr aufnehmen wird, daher auf Dauer eine Belastung dar. Man könnte jetzt die bereits vor einigen Jahren diskutierte Zusammenführung von Spielfläche und Gebäude in eine Wirtschaftseinheit vollziehen. Das würde Sinn machen und die SG-Reißbeck wäre bereit, das Objekt der Gemeinde kostenlos zu überlassen. Die Gastherme wurde ja bekanntlich im Vorjahr erneuert und es steht einer Vereinsnutzung (etwa durch den SV Penk) nichts entgegen. Als wichtige Punkte nennt der Bürgermeister außerdem:

- Erhalt der Vereinbarung mit der VERBUND - 1.500 kWh jährlicher Freistrom für Nachwuchsförderung
- Kanal und Stromkosten (Flutlicht) als Kostenfaktor

Der Gemeindevorstand hat in seiner Vorberatung jedenfalls die Bereitschaft der SG-Reißbeck sehr begrüßt, dem langjährigen Wunsch zu entsprechen und das Objekt der Gemeinde zu übergeben. Wenn dieser Schritt vollzogen ist, ist die Auflösung der SG-Reißbeck die wahrscheinliche Folge. Im Statut des Vereins ist ja festgelegt, dass das Objekt im Falle der Auflösung dem ASKÖ zufällt (der aber kein Interesse am Gebäude zeigt). Dies möchte man jedenfalls verhindern und das Gebäude, welches ja auch mit großzügiger Unterstützung der Gemeinde errichtet wurde, für die Vereine in der Gemeinde erhalten.

In der Diskussion begrüßt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer die geplante Übergabe des Vereinsgebäudes an die Gemeinde. Er hat ja bereits in seiner Zeit als Sportanlagenreferent diese Lösung angestrebt, worüber auch ein Schriftverkehr existiert. Es war ihm immer ein Dorn im Auge, dass Gebäude und Spielfeld keine Besitzeinheit bildeten und dass die Gefahr bestand, das Objekt könnte dem ASKÖ zufallen. Jetzt ist durch den Wegfall des Mietverhältnisses mit dem Kanuclub Glanegg die letzte Barriere beseitigt und die Gemeinde sollte natürlich vom Angebot Gebrauch machen. Wenn die Besitzeinheit besteht hat es die Gemeinde in der Hand, das Anwesen selbst zu verwalten oder an einen Verein weiter zu verpachten.

In den folgenden Wortmeldungen wird die vorgesehene kostenlose Übergabe des Gebäudes an die Gemeinde sehr begrüßt. Dabei sollte aber, wie etwa GR Ing. Johann Paul Unterweger und GR Werner Maier anregen, ein klares Konzept für die nachfolgende Nutzung für Vereins- und Hobbysportler erarbeitet werden. Es sollte eine kluge Lösung angestrebt und zeitgleich dauerhaft verhindert werden, dass der Platz durch Vandalismus (Fahrzeuge) in Mitleidenchaft gezogen wird.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und beschließen, das Angebot der SG-Reißbeck anzunehmen und somit das Kabinengebäude am Sportplatz Kolbnitz kostenlos in seinen Besitzstand übernehmen. Die Details der Übergabe sind noch zu verhandeln.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Der Bürgermeister setzt den Gemeinderat davon in Kenntnis, dass in der Gemeinde ein sehr ambitioniertes Team, an der Spitze mit GR Melanie Rindler, daran arbeitet für die *familienfreundliche-gemeinde* einen Maßnahmenplan umzusetzen. Ziel dieser Maßnahmen ist es, in verschiedenen Sektoren für alle Altersschichten Aktionen zu setzen, welche die Gemeinde

lebenswert machen und erhalten sollen. Dazu wurde eine Zielvereinbarung vorbereitet, welche heute vom Gemeinderat beschlossen werden soll. Diese Zielvereinbarung soll Erfordernisse des UNICEF-Zusatzzertifikats „Kinderfreundliche Gemeinde“ erfüllen. Nachdem GR Melanie Rindler heute leider an der Teilnahme verhindert ist, ersucht er die Obfrau des Familienausschusses, GR Elke Steinwender, dem Gemeinderat die geplanten Schritte und die erforderliche Beschlussfassung näher zu erläutern.

GR Elke Steinwender berichtet über die Arbeit im Ausschuss und die positive Vorberatung dieser Sache in der letzten Sitzung des Familienausschusses am 28. August 2013. Die mehrfach im Arbeitskreis und in den Projektgruppen vorberatenen Maßnahmen 1 bis 8, welche dem Gemeinderat heute in der Zielvereinbarung als Beschlussgrundlage vorliegen, sollen Schwerpunkte setzen und in einem Zeitraum von 3 Jahren umgesetzt werden. Die Maßnahmen decken, wie schon vom Bürgermeister erwähnt, alle Altersgruppen und Lebensbereiche ab. Die Beschlussfassung in dieser Form betont die Kinderfreundlichkeit und erlaubt der Gemeinde auch den Wortlaut des UNICEF-Zusatzzertifikats zu führen. Auch sie erwähnt die Bedeutung des Programms, welches die Gemeinde lebenswert und attraktiv für alle Altersgruppen machen und der Landflucht entgegenwirken soll. Wichtiger Baustein des Audits ist die Einbindung aller Generationen und die Mitarbeit der BürgerInnen.

Der Bürgermeister führt alle Mitwirkenden in den einzelnen Projektgruppen auch namentlich an und bedankt sich für die Mitarbeit.

In der Folge geht Elke Steinwender auf die acht geplanten und teilweise auch bereits realisierten Maßnahmen ein. Einzig bei der Maßnahme 8 „Raunigwiese“ merkt sie an, dass man diese – auch im Lichte der anstehenden Beschlussfassung der weiteren Vorgangsweise unter TOP 7 der heutigen Tagesordnung – zurückstellen sollte. Es reicht ja, wie auch der Bürgermeister erklärt, wenn man drei Maßnahmen fixiert und wir hätten acht!

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass es tatsächlich ein Mindestanfordernis von 3 Maßnahmen gibt und dass es keine Folgen hat, wenn man die Umsetzung eines Zieles innerhalb von drei Jahren nicht schafft.

In der Beratung zeigen sich GR Ing. Johann Paul Unterweger und GV Elisabeth Mörtl ein wenig verwundert darüber, dass die ursprüngliche erarbeitete Punkteliste und Reihung nunmehr für die Beschlussfassung etwas verändert vorliegt. Leider kann GR Melanie Rindler, welche auch den Kontakt zur Projektbetreuerin (Frau Mag. Bogensberger) hat, heute dazu nicht befragt werden.

Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer merkt dazu an, dass in der Familienausschusssitzung vorrangig bewertet wurde, was schon umgesetzt werden konnte und welche Maßnahmen als wahrscheinlich anzusehen sind, „unwahrscheinliche“ Punkte erhielten keine Priorität.

GR Elke Steinwender meint, dass man die Maßnahme 8 „Raunigwiese“ weglassen sollte, weil sie unsicher ist. Diese Vorgangsweise hat sie heute auch noch einmal telefonisch mit Frau Mag. Bogensberger besprochen.

Der Bürgermeister hingegen meint, dass Jugendliche auf der Raunigwiese gemeinsam mit GR Thomas Stefan einen kleinen „Snowpark“ errichten wollen. Die Maßnahme acht sollte also mit

beschlossen werden, man könne die Prioritäten ja innerhalb von drei Jahren verändern. Dieser Ansicht pflichten GR Herbert Peitler und GR Werner Maier bei.

Letztlich findet die vorliegende Zielvereinbarung die ungeteilte Zustimmung des Gemeinderates.

GR Elke Steinwender stellt schließlich den Antrag, den Maßnahmenplan gutzuheißen, die vorliegende Zielvereinbarung mit den acht festgelegten Maßnahmen zu beschließen und damit auch an der Pilotphase des UNICEF-Zusatzzertifikates „Kinderfreundliche Gemeinde“ teilzunehmen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 7 der Tagesordnung

Der Bürgermeister erinnert daran, dass man die Entscheidung über den Liftbetrieb eigentlich früher treffen wollte. Durch verschiedene Umstände (zuletzt die Verhinderung des Referenten an der Teilnahme der Gemeinderatssitzung) ist die Entscheidung verzögert worden. Heute muss aber ein Beschluss gefasst werden, weil der Winter bereits vor der Tür steht. Wie er anmerkt, gab es natürlich zahlreiche Vorberatungen und Überlegungen. Er ersucht dazu Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer um seine Ausführungen. Natürlich – so betonen sowohl der Bürgermeister als auch der Referent – handelt es sich bei der Liftdebatte um ein Thema, welches mit Emotionen besetzt ist und letztlich möchte man als Entscheidungsträger keinesfalls einen Betrieb zusperrern.

In der Folge erläutert der Referent anhand einer Power-Point-Präsentation auf ausführliche Weise, welche Überlegungen vor der letzten Saison angestellt worden waren und wie sich die Investitionen und das Betriebsergebnis in Einnahmen und Ausgaben entwickelt haben. Die Unwägbarkeiten des Wetters haben natürlich in der letzten Saison wieder eine ganz entscheidende negative Rolle gespielt und so kam es leider zu einem Betriebsabgang in der Höhe von € 25.000,-- (geplant waren € 11.000,--). Die Investitionen stehen mit € 12.000,-- zu Buche. Die Erhöhung, gegenüber den vorgesehenen € 9.000,-- stammen überwiegend aus dem Mehraufwand durch notwendige Reparaturen.

Für heuer hatte er im Gemeindevorstand bereits eine umfassende Saisonplanung präsentiert. Diese trägt er ebenfalls vor und erläutert seine Sichtweise und die Zusammensetzung des ursprünglich vorgesehenen Investitionsaufwandes von € 22.000,--, welcher sich aus der Anschaffung eines gebrauchten Pistengerätes, den Reparaturen am Lift, Adaptionen an der Schneeerzeugungsanlage sowie der Gestaltung eines Snow-Parks ergibt.

Der Gemeindevorstand hat jedoch diese Lösung nicht gutgeheißen und vor allem die Anschaffung eines gebrauchten RATRAC in der Größenordnung von € 13.000,-- (Angebot von der Emberger Alm) aus Kostengründen abgelehnt. Gerade der Verzicht auf ein Pistengerät ist zwar überhaupt nicht in seinem Sinn. Dennoch hat er nach der Vorberatung im Gemeindevorstand nun eine „abgespeckte“ Variante für den Betrieb im kommenden Winter erarbeitet, die sich wie folgt darstellt:

- Keine Vollbeschneigung auf der grünen Wiese (lediglich Ergänzungsbeschneigung)

- Ausleihen des Pistengeräts aus Mühldorf (Zusage liegt vor/Radweg ist bei Naturschnee für den Transport verfügbar) – Kostenansatz als Annahme mit € 2.000,-- Leihgebühr
- Investitionen in der Höhe von € 9.000,--
- Steigerung der Attraktivität durch Errichtung eines kleinen Snow-Parks in Zusammenarbeit mit ambitionierten Jugendlichen (Leitung GR Thomas Stefan)
- Betriebszeiten wie in der letzten Saison
- Reduktion der Liftpreise, die vielfach als Grund für den Wechsel nach Mühldorf genannt wurden, auf den Stand vor der Saison 2012/13.

Die Betriebszeiten (Flutlichttage) und Preise sollten im Detail noch beraten und festgelegt werden. Es sollte mit diesem Konzept eine Abgang mit einer Obergrenze von € 17.000,-- realistisch sein.

Vor der Diskussion ersucht der Referent unter Hinweis auf die im vorangegangenen Tagesordnungspunkt gefassten Beschlüsse zur familienfreundlichen Gemeinde daran zu denken, dass man die Gemeinde attraktiv machen und bestehende Infrastruktur erhalten sollte.

Vizebürgermeister Finanzreferent Hans Werner Rindler erklärt, dass sicher keiner gerne zusperren will. Man muss aber den Tatsachen ins Auge blicken und die Gemeinde muss, solange sie noch einen gewissen Spielraum hat, Prioritäten setzen. Es stimmt, dass es gelte, Infrastruktur zu erhalten, aber dabei geht es um die richtige Prioritätensetzung. In der Folge anerkennt er den Einsatz des Referenten und seinen guten Willen. Letztlich muss man aber die Fakten zur Kenntnis nehmen, die sich für ihn wie folgt darstellen:

Die Witterung und die Klimasituation insgesamt sprechen gegen eine Lösung mit Naturschnee.

Der Zuspruch durch die Bevölkerung ist eindeutig zu gering.

Wenn das Weihnachtsgeschäft ausfällt, ist ein deutliches Einnahmen-Minus zu erwarten.

Die Fixkosten von mehreren tausend Euro fallen jedenfalls an, auch wenn der Lift überhaupt nicht in Betrieb genommen wird.

Im Lichte der finanziellen Situation, mahnt er – auch mit Blick auf den Voranschlag 2014 – zum maßvollen Einsatz der Mittel. Wenn es vielfach nicht gelingt, notwendige Instandhaltungen an den Gebäuden zu finanzieren und im Nachtragsvoranschlag wichtige Dinge nicht aufgenommen werden können, ist es für ihn an der Zeit, kostspielige freiwillige Leistungen zu hinterfragen und zu beenden. Ein gemeinsamer Besuch mit dem Bürgermeister bei Frau LHStv. Dr. Schanig vor ca. 3 Wochen hat gezeigt, dass es mit der Unterstützung des Landes für wichtige Anliegen (Kindergarten/Schule) nicht weit her ist.

GR Thomas Stefan erinnert daran, dass die Gemeinde auch 2010 finanziell schlecht gestellt war. Damals war er der einzige, der sich gegen eine künstliche Beschneigung ausgesprochen hat. Auch damals war ein neues Pistengerät bereits Thema und der Betriebsabgang betrug € 32.000,-- (!) Wenn man daher jetzt hergeht und sagt, man habe kein Geld für den Lift, dann macht man es sich zu einfach.

In den folgenden Wortmeldungen kristallisieren sich zwei Standpunkte heraus. Dabei vertreten mehrere Gemeinderäte, wie GR Rupert Viehhauser, GR Elke Steinwender und GR Ing. Johann Paul Unterweger die Ansicht von Vizebürgermeister Hans Werner Rindler und unterstützen dessen Argumente. Hauptsächlich werden folgende Punkte genannt: Seit mehreren Jahren in den Raum gestellte und nicht vollzogene Kooperation mit Mühldorf, Alter der

Anlage, Veränderung der klimatischen Situation, deutliche Verringerung des Zielpublikums, fehlender Zuspruch, Veränderung der Gesellschaft in puncto Mobilität, Priorität für das Schwimmbad, Mut für unpopuläre Entscheidungen an Stelle von ewigem „Weiterwursteln“.

GR Thomas Stefan verweist auf immerhin 41 Betriebstage im Vorjahr, meint, dass eine schrittweise Verbesserung (wie im Bad) angestrebt werden sollte und sieht im Snow-Park eine echte Chance, die Jugend einzubinden und wieder Zuspruch und Frequenz zu erhalten. Dieser Ansicht pflichtet auch GR Christian Bugelnig bei. Auch GR Werner Maier schlägt in diese Kerbe. Er meint, dass die familienfreundliche Gemeinde u. a. auch mit dem Schilift steht und fällt. Er ist für das Offenhalten und schlägt vor, etwa nach dem Muster von Salzburg, Kooperationen mit größeren Schigebieten zu suchen.

Der Bürgermeister erklärt unter Hinweis auf die Ankündigungen bei der Reißbeckbahn, er habe Alpträume, wenn er vom Zusperrn höre. Er tritt für die Variante mit „Schnee von oben“ ein und erklärt, dass man angesichts der Budgetsituation tatsächlich viele Positionen hinterfragen muss. Diesbezüglich kann er auch die Argumentation und Sichtweise des Finanzreferenten verstehen. Es waren heuer leider viele unvorhergesehene Ausgaben zu tätigen (FF-Haus, Schule, Kindergarten) und wenn die Situation bei der Kommunalsteuer nicht so gut wäre, müsste man sich erheblich einschränken. Er bedauert zwar, dass sich in der Diskussion zwei Lager bilden und offenbar keine Einstimmigkeit zu erzielen sein wird. Aber die Spielregeln der Demokratie sind zu akzeptieren.

GR Ulf Berger verweist darauf, dass es jedes Jahr dieselbe Diskussion gibt. Anders ist heuer, dass sich die Jugend einbringen will und man die Variante „Schnee von oben“ versuchen will. Dieser geänderte Weg sei einen Versuch wert. Man sollte die Saison auf diese Weise probieren und im Frühjahr (und nicht erst im Herbst) ohne Emotionen über die weitere Vorgangsweise entscheiden.

Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer verweist auf das Beispiel Mühldorf. Hier wird Infrastruktur geschaffen und gestärkt. Und der Publikumszuspruch gibt den Entscheidungsträgern recht. Dennoch hat auch Mühldorf beim Lift einen Jahresabgang von € 25.000,-- zu verzeichnen, weil man sich von einer derartigen Einrichtung auch niemals einen kostendeckenden Betrieb erwarten kann.

GV Herbert Peitler teilt die Meinung von GR Ulf Berger, dass eine Entscheidung zum Zusperrn rechtzeitig vor der Saison in Ruhe und vor allem einstimmig erfolgen sollte. Deshalb kann er sich persönlich in der aktuellen Situation auch nicht gegen Bürgermeister und Referent stellen.

Nach Ende der langen Diskussion stellt Vizebürgermeister Ing. Michael Gradnitzer den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den Liftbetrieb 2013/14, wie von ihm vorgeschlagen, in der Sparvariante zu organisieren. Die Eckpunkte sind Investitionen in der Höhe von € 9.000,--, Schaffung eines Snow-Parks unter Mithilfe der Jugend, Beschneigung nur als Ergänzung und Verwendung des Mühldorfer Pistengerätes auf Leihbasis, Reduktion der Preise und noch vorzunehmende Feinabstimmung der Betriebszeiten (Freitag Nachtschilaf).

Der Antrag wird vom Gemeinderat mit 11 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Gegenstimmen stammen von der Fraktion FLR mit Ausnahme von GV Herbert Peitler, welcher dem Antrag zustimmt.

Nach der Beschlussfassung erklärt Vizebürgermeister Hans Werner Rindler, dass er sich zeitgleich mit der Beschlussfassung die Festlegung erwartet hätte, wie die Finanzierung erfolgen soll.

Punkt 8 der Tagesordnung

Der Bürgermeister erteilt Vizebürgermeister Hans Werner Rindler das Wort. Dieser berichtet, dass es im Zuge des Kanalbaues zu zahlreichen Asphaltierungsmaßnahmen gekommen ist und dabei viele Straßenflächen angeschnitten wurden. In der Folge entstehen unweigerlich kleine Risse in der Fahrbahn, welche sinnvoller Weise rasch und wirksam saniert werden sollten. Dadurch lassen sich erheblich teurere Folgeschäden vermeiden. Zuletzt wurden vor 7 bis 8 Jahren bereits einmal rund 1000 Laufmeter Fugen saniert. Jetzt sollten unbedingt rund 4000 Laufmeter entstandener Fahrbahnfugen einer Sanierung unterzogen werden. Es wurde dazu eine Bereisung mit dem GF der Firma Asphalt Kulterer GesmbH, Herrn Bernhard Kummer, und dem Gemeindetechniker vorgenommen. Die Firma Kulterer ist als Bestbieter aus der Regieausschreibung der Abteilung 10 L (ländliches Wegenetz) hervorgegangen und ist jahrelanger verlässlicher Partner dieser Abteilung. Die betroffenen Straßenteile liegen in den Bereichen Hattelbergstraße bis Anwesen vlg. Karl, Teile Zandlach, Unterkolbnitz, Polan sowie Zwenbergstraße.

Der Preis für 4.000 Laufmeter beträgt (Offert wie Abteilung 10L):

bei Umsetzung sofort	€ 13.211,20 netto (8 % Nachlass enthalten)
bei Umsetzung im Frühjahr 2014	€ 12.600,-- netto

Herr Kummer hat im Gespräch erklärt, dass die Umsetzung bei entsprechender Witterung bis spät in den November hinein kein Problem darstellt. Er würde allerdings – infolge sehr guter Auftragslage – die Arbeiten lieber erst im Frühjahr 2014, zu den angebotenen besseren Konditionen, durchführen.

Der Gemeindevorstand hat dazu die einstimmige Auffassung vertreten, die Arbeiten zu vergeben und bevorzugt, zur Vermeidung neuerlicher Schäden über den Winter, die Umsetzung der Sanierung noch im heurigen Jahr.

Nachdem der Sachverhalt klar ist und eine Empfehlung des Gemeindevorstandes vorliegt, unterleibt eine Diskussion.

Referent Vizebürgermeister Hans Werner Rindler stellt dazu den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den Auftrag für die Sanierung von Asphaltfugen auf einer Länge von ca. 4.000 Laufmetern – an den von ihm beschriebenen Straßenstellen – an die Firma Asphalt Kulterer GmbH vergeben. Die Arbeiten sollten, wenn es möglich ist, unbedingt noch 2013 zum Preis von € 13.211,20 (ohne MWSt.) durchgeführt werden.

Der Antrag wird vom Gemeinderat in allen Punkten einstimmig angenommen.

Punkt 9 der Tagesordnung

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass es im Bereich Turnsaal, Volksschule und Kindergarten – infolge baulicher Schwachstellen – immer wieder zu Problemen kommt. Derzeit gibt es durch Eintritt von Feuchtigkeit vor allem Handlungsbedarf beim Kindergarten.

Dazu berichtet Referent Vizebürgermeister Hans Werner Rindler über die konkreten Schwachstellen an der Nordwestecke und im Eingangsbereich des Kindergartens. Er erläutert die Problembereiche im Detail und erklärt, dass als Folge davon die Wand im Bewegungsraum total feucht geworden ist. Der Gipsputz hat sich durch die extreme Nässe bereits teilweise aufgelöst. Der Raum wird derzeit nicht benutzt und es läuft ein Entfeuchtungsgerät. Unbedingte Abhilfe ist bei der Trockenlegung in der Nordwestecke angesagt. Hier liegt ein Angebot der Fa. Ing. Willibald Rainer für die Erd- und Drainagearbeiten vor. Die Bruttoangebotssumme beträgt € 5.600,--.

Für die notwendige Überdachung im Eingangsbereich liegt ein Richtoffert der Fa. Strussnig vor. Die Größenordnung liegt bei rund € 20.000,--. Nach Ansicht des Finanzreferenten ist die Trockenlegung durch die Fa. Rainer sofort zu veranlassen (Vergabe evtl. heute) und die Lösung im Eingangsbereich mit Tür und Überdachung noch exakt auszuarbeiten und nach Möglichkeit über den Winter zu vergeben und zu realisieren. Allerdings ist die Finanzierung erst sicher zu stellen. Dabei sollten, wenn es möglich ist, auch thermische und bauliche Mängel im verglasten Eingangsbereich der Volksschule berücksichtigt und beseitigt werden.

GR Thomas Stefan bestätigt als Obmann des Bauausschusses die Aussagen im Bericht des Referenten. Er meint, dass im Zuge der Errichtung einer erforderlichen Eingangsüberdachung beim Kindergarten auch die Eingangstüre berücksichtigt und getauscht werden soll (Vorgabe von Leiterin Andrina Brunner zum Schutz der Kinder).

Der Bürgermeister berichtet, dass er für diese Maßnahmen auch die Hilfe des Landes in Anspruch nehmen möchte. Er will beim Landeshauptmann auf die Dringlichkeit und finanzielle Belastung hinweisen und versuchen, Geld dafür flüssig zu machen und zwar über die heuer laufende „Kärntner Bauoffensive“ hinaus.

Letztlich folgt der Gemeinderat einstimmig dem Vorschlag von Vizebürgermeister Hans Werner Rindler, den Gemeindevorstand zu ermächtigen, die unaufschiebbaren Maßnahmen für die Trockenlegung der Nordwestecke zu vergeben und für die weiteren anstehenden Maßnahmen die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

Punkt 10 der Tagesordnung

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat darüber, dass es seit dem Frühjahr Anzeichen dafür gibt, die Reißeckbahn zu beschneiden. Es existieren jetzt Absichten, die Reißeckbahn aus rein wirtschaftlichen Überlegungen zu schließen. Neben mehreren Gesprächen mit Vertretern des VERBUND, zu denen er gemeinsam mit seinem Bürgermeisterkollegen Erwin Angerer eingeladen war, hat er natürlich als Dienstnehmer auch ein gewisses Insider-Wissen. Es wäre unverantwortlich, diese einzigartige Aufstiegshilfe, welche seit rund 60 Jahren existiert und seit 50 Jahren touristisch genutzt wird, zu schließen. Die neue Erschließungsstraße, welche für den Bau von Reißeck II errichtet wurde, eröffnet dem VERBUND aber ganz neue Möglichkeiten.

Bereits nach Bekanntwerden der ersten Gerüchte haben sich alle Bürgermeister der Region von Spittal/Drau bis Heiligenblut solidarisch erklärt. Mittlerweile wurde ein von allen Gemeindeoberhäuptern unterfertigtes Schreiben an Vorstandsdirektor Anzengruber gerichtet, in welchem auf die Notwendigkeit des Erhalts der Reißeckbahn als einmalige Aufstiegshilfe und Impulsgeber hingewiesen wird. Die Antwort steht noch aus.

Während den Bürgermeistern noch vor kurzem versichert wurde, dass die endgültigen Pläne im Oktober präsentiert werden, existiert mittlerweile ein neues Papier, in welchem – nach rein rechnerischem Kalkül – 8 Varianten für den Bahnbetrieb ausgearbeitet sind. Die Möglichkeiten gehen vom totalen Abbau bis zu einer Vollausbauvariante in der Größenordnung von € 32 Mio. Traurig ist in diesem Zusammenhang, dass keine Nachhaltigkeit in der touristischen Schiene des Konzerns erkennbar ist und dass all die mündlichen Zusicherungen, welche im Zuge des Bewilligungsverfahrens Reißeck II den Bürgermeistern Angerer und Pichler gemacht wurden, offenbar nicht halten. Hier war man wohl zu blauäugig, weil in

Kaprun wird jetzt eine schriftliche Forderung erfüllt und eine Investition in der Größenordnung von € 9 Mio. vorgenommen. Aus heutiger Sicht der Dinge ist eine Lösung ohne Höhenbahn und Reißeckhotel ab 2015 als realistisch anzusehen. Die Eckpunkte sind dabei:

- Abriss des Reißeckhotels 2015
- Einstellung und Abbau der Höhenbahn (letzter Betriebstag 7. 9. 2014) zur Aufweitung des Tunnels – Ausschreibung der Bahn aus eisenbahnrechtlichen Gründen
- Errichtung einer Aussichtsplattform mit Bistro am Schober
- Touristischer Wanderpfad für die Reißeckregion unter Einbindung des Alpenvereins

Dabei ist vorgesehen, dass der VERBUND die gesamte Infrastruktur schafft, die Wanderwegsbetreuung durch den Alpenverein erfolgt und das Bistro durch die Gemeinde betrieben wird (Verpachtung an Betreiber möglich und denkbar).

Trotz des Einsatzes der Bürgermeister, des Alpenvereins und der Bemühung LH Dr. Kaiser und Tourismusreferent LR Dr. Waldner für den Erhalt der Bahn zu mobilisieren, muss allen Beteiligten eines klar sein: Wenn der VERBUND die Entscheidung fällt, die Bahn aus wirtschaftlichen Gründen einzustellen, dann ist sie für immer geschlossen. Die im Raum stehende „kleine“ Lösung mit Bistro und Aussichtsterrasse am Schober wäre aus seiner Sicht eine brauchbare Variante. Allerdings wird die Gemeinde Mühldorf dadurch voll ausgeklammert.

Vizebürgermeister Hans Werner Rindler erklärt, dass er aus mehreren Gesprächen mit Gerd Pichler weiß, dass im Bewilligungsverfahren für Reißeck II der Tourismus voll ausgenommen war. Eine Verquickung mit den Bewilligungsbescheiden wäre gar nicht möglich gewesen. Die Einstellung der Reißeckbahn war nie ein Thema und es wurde aber immer wieder glaubhaft versichert, dass der Tourismus im Konzern insgesamt einen großen Stellenwert hat. Für ihn gibt es jetzt nur einen Weg, nämlich geschlossen und konsequent gegenüber dem VERBUND aufzutreten und zu fordern, dass der Bahnbetrieb aufrecht bleibt. Wenn der Ausbau unserer Gebirgsregion für die E-Wirtschaft so attraktiv ist, dann muss ein volkswirtschaftlicher Nutzen für all die erlittenen Nachteile bei Natur und Wasser gegeben sein. Es kann daher nur der Weg beschritten werden, dass man vor dem Bewilligungsverfahren für Reißeck II Plus die klare Forderung aufstellt: **Zustimmung zu allen Maßnahmen nur bei Erhaltung der Reißeckbahn. Diese Forderung ist mit aller Vehemenz zu vertreten und zwar über die Medien, den geschlossenen Auftritt der Standort- und Talgemeinden mit Unterstützung des Landes,**

Unterschriftenaktion etc. Er tritt dafür ein, einen derartigen Beschluss in Form einer Resolution zu fassen.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Bau von Reißbeck II Plus noch nicht beschlossen sei und derzeit nur eine Stollenerweiterung vorgesehen ist. Dafür gibt es ein Bewilligungsverfahren ohne Parteistellung (ministerielles Verfahren). Er nimmt aber das Angebot von Vizebürgermeister Hans Werner Rindler gerne auf, ihn in Zukunft bei Gesprächen mit der VERBUND beizuziehen. Er habe zwar als Dienstnehmer keine Angst, falsch aufzutreten und die Interessen der Gemeinde zu vertreten, aber eine breite Basis kann keinesfalls schaden.

Vizebürgermeister Hans Werner Rindler spricht sich dafür aus, seinen Vorschlag (fett gedruckter Teil seiner Wortmeldung) noch besser zu formulieren und als Antrag in Form einer Resolution an den VERBUND in der nächsten Sitzung des Gemeinderates auf die Tagesordnung zu setzen und zu beschließen. Dieser Vorschlag findet die ungeteilte Zustimmung des Gemeinderates.

Übereinstimmend kommt in einigen weiteren Wortmeldungen zum Ausdruck, dass man gegenüber dem VERBUND, wenn auf dem Verhandlungsweg keine zufriedenstellende Lösung erreicht werden kann, medial und auf der moralischen Ebene alle Möglichkeiten ausschöpfen sollte. Wenn es eines gibt, was der Konzern scheut, so ist es negative Presse.

Punkt 11 der Tagesordnung

Der Bürgermeister berichtet, dass bei den zahlreichen Hausbesuchen vor der Bürgermeisterwahl und auch bei anderen persönlichen Gesprächen von vielen Gemeindebürgern die Problematik fehlender Lösungen für Hundekot angesprochen wurde. Verunreinigte Grünstreifen, Plätze und Verkehrsflächen haben immer wieder für Unmut gesorgt.

Daher wurde – auch in Absprache mit den Referenten und den Ausschüssen – die Anschaffung von Hundetoiletten vorgenommen. Diese Lösung, an der sich auch die Gemeinde Mühlendorf (entlang des Staubeckens Rottau) beteiligt, hat sich in den ersten Monaten bewährt. Es ist eine Besserung der Situation festzustellen. Das System soll auch an einigen wichtigen Punkten der Gemeinde noch ausgebaut werden.

Diese neue Einrichtung wurde im Vorfeld besprochen und es wurde vom Wirtschafts- und Finanzausschuss auch eine Erhöhung der Hundeabgabe (welche seit 1981 unverändert war!) vorgeschlagen. Die neuen Sätze orientieren sich im unteren Bereich vergleichbarer Landgemeinden. Die Abgabe soll von bisher € 14,53 pro Jahr auf € 20,-- angehoben werden. Es soll außer den gesetzlich geregelten Ausnahmen (Blindenhunde, Diensthunde der Polizei, Zollwache und des Bundesheeres) auch keine Staffelung der Abgabe mehr erfolgen.

Der Schriftführer erklärt dazu, dass die Neuregelung der Abgabe zum Anlass genommen wurde, die gesamte Verordnung neu zu fassen. Die Neufassung deckt sich größtenteils mit der bisherigen Verordnung, enthält die gesetzlichen Anpassungen und natürlich die einheitliche Festlegung der Abgabe mit € 20,-- pro Jahr und Hund.

Der Sachverhalt ist klar. Einstimmige Empfehlungen von Ausschuss und Gemeindevorstand liegen vor. GV Herbert Peitler stellt dazu den Antrag, der Gemeinderat möge die vorliegende

Verordnung beschließen und damit auch die Anhebung der Hundeabgabe ab 1. Jänner 2014 gutheißen.

Der Antrag wird vom Gemeinderat in allen Punkten einstimmig angenommen.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Der Bürgermeister erteilt Vizebürgermeister Hans Werner Rindler das Wort. Dieser erklärt, dass mit dem 2. Nachtragsvoranschlag im Rahmen des vorhandenen Finanzspielraumes den Erfordernissen und den beschlossenen Maßnahmen Rechnung getragen werden soll. Wie er festhält, sind leider einige wichtige Maßnahmen nicht realisierbar. Dabei spricht er konkret die Erfordernisse beim Kindergarten an. Der zweite Nachtragsvoranschlag, welcher dem Gemeinderat im Entwurf vorliegt, führt mit den vorgesehenen Erweiterungen und Kürzungen im ordentlichen Haushalt zu einer Erhöhung des Gesamtvolumens auf jeweils € 4.494.800,-- in Einnahmen und Ausgaben gegenüber bisher je € 4.384.200,--.

Im AO-Haushalt erfolgt lediglich eine Erweiterung um € 45.400,-- auf nunmehr insgesamt jeweils € 649.600,-- in Einnahmen und Ausgaben. Einzig davon betroffenes Vorhaben ist die Ortsdurchfahrt Kolbnitz der B 106.

Gemeinsam mit der Finanzverwalterin trägt der Referent in der Folge die wesentlichen Veränderungen im ordentlichen Haushalt vor. Frau Aichholzer erwähnt dabei auch einige maßgebliche Punkte, wie die Einschätzung der Kommunalsteuer, den geringen Finanzspielraum und die schlechten Zukunftsszenarien (Pensionsmodell für Beamte mit deutlichem Mehraufwand für die Gemeinde). Sie meint, dass der Voranschlag 2014 kaum Spielraum zulassen wird. Es wäre daher wünschenswert, wenn im heurigen Budget noch ein Überschuss erzielt werden könnte.

Auftretende Fragen können während des Vortrages geklärt werden.

Nach Ende der Diskussion stellt Vizebürgermeister Hans Werner Rindler den Antrag, der Gemeinderat möge der Empfehlung des Gemeindevorstandes folgen und den zweiten Nachtragsvoranschlag 2013, wie vorgelegt und erläutert, beschließen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Punkt 13 der Tagesordnung

Abschließend wird der auf Antrag des Bürgermeisters in die Tagesordnung aufgenommene Punkt „Kenntnisnahme des letzten Kontrollausschussberichtes“ behandelt.

Der Kontrollausschussobmann, GR Ulf Berger, berichtet anhand des vorliegenden Protokolls über die am 29. Mai 2013 abgehaltene Sitzung. Er erläutert die drei Tagesordnungspunkte Belegprüfung, Schiliftbetrieb 2012/2013 und Allfälliges. Nachdem der Schilift bereits Gegenstand der Beratung zu Punkt 7 bildete, konzentriert sich die Berichterstattung auf die Belegprüfung und hier wiederum auf die Kritikpunkte von GR Ing. Johann Paul Unterweger. Bemängelt wurde dabei konkret Folgendes:

„Der Beleg 1.395 ist eine Rechnung vom Bad-Stüberl Kolbnitz in Höhe von € 194,10 für Kaffee und Kuchen für Gemeindegänger auf Einladung des Bürgermeisters (Repräsentationsmittel). Ing. Johann Paul Unterweger stellt die Frage, ob es korrekt ist, Parteiveranstaltungen aus Gemeindemitteln zu finanzieren? Er sieht diese Veranstaltung als Wahlveranstaltung für die Landtagswahl. Der Obmann stimmt dieser Kritik zu. Weiters hält Ing. Unterweger die Belege 805 und 1.055 für nicht korrekt. Das sind Einladungen aus den Repräsentationsmitteln bei Vereinsveranstaltungen, für die der Bürgermeister Eigenbelege auf Bierblöcke geschrieben hat. Laut GR Unterweger gibt es bei jeder Veranstaltung die Möglichkeit, eine Rechnung mit Vereins- oder Gasthausunterschrift zu bekommen.“

Der Bürgermeister erklärt dazu, dass die angesprochene Rechnung vom Badstüberl einen Grenzfall darstellt, dies hat eine Rücksprache bei der Gemeindeabteilung ergeben. Nachdem eine Einladung mit SPÖ-Logo ergangen war, hat er aber die Bezahlung der Rechnung mittlerweile persönlich übernommen und diese daher aus der Gemeindebuchhaltung zurückgezogen. Zu den Rechnungen auf „Bierblöcken“ merkt er an, dass diese Vorgangsweise auch unter seinem Vorgänger durchaus üblich war. Dies sei – so die Rückfrage bei der Gemeindevision – auch möglich und bis zu einem Anteil von 10 % sei die Verwendung der Repräsentationsmittel auch ohne Nachweis gesetzlich gedeckt. Obwohl es bei großen Festen (Zeltfesten) kaum möglich ist, wirkliche Rechnungen zu erlangen, werde er sich künftig bemühen, derartige Zettel zumindest vom Servierpersonal abzeichnen zu lassen.

Auch die Finanzverwalterin bestätigt, dass es dem Bürgermeister durchaus zusteht, Eigenbelege auf „Bierzetteln“ zu schreiben. Es sollte aber zumindest – wie der Finanzreferent ergänzt – eine Zuordnung möglich sein.

GR Ing. Johann Paul Unterweger meint dazu, dass er erst seit einem Jahr im Kontrollausschuss sitzt und die Handhabung der Repräsentationsmittel beim Amtsvorgänger daher nicht kannte. Kontrolle sei aber die Aufgabe des Ausschusses und es gilt daher, Dinge aufzuzeigen. Bei den Repräsentationsmitteln sei es ja tatsächlich so, dass ein Anteil von 10 % auch ohne Beleg verwendet werden kann. Anders stellt sich die Situation bei der angesprochenen Wahlveranstaltung dar. Das ist eine moralische Angelegenheit und eine Praxis, die Amtsvorgänger Gerd Pichler ganz sicher nicht angewendet hat.

Dieser Kritikpunkt ist durch die Übernahme der Kosten beseitigt und es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Gemeinderat hat damit den Kontrollausschussbericht zur Kenntnis genommen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedankt sich der Bürgermeister beim Gemeinderat und bei den Zuschauern fürs Erscheinen schließt die Sitzung um 22.35 Uhr.

Mitglieder des Gemeinderates:

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister: